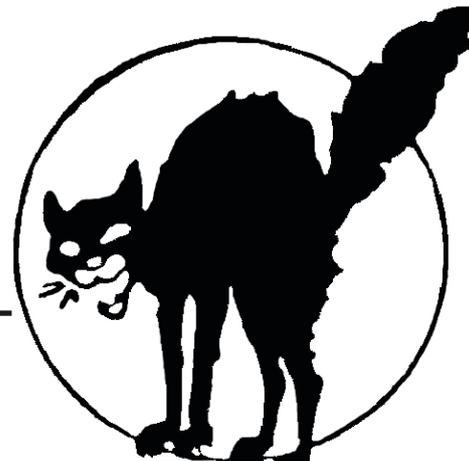


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Strike For Future am 15. Mai

Der Kampf gegen die Klimakrise und für Klimagerechtigkeit darf sich nicht mehr länger nur noch auf Schüler*innen beschränken. Es ist ein Thema, welches uns alle schon bald betreffen wird und in kleinen Teilen schon jetzt betrifft. Die FAU Bern fordert daher ihre Mitglieder und alle Menschen auf, sich dem *Strike for Future* am 15. Mai anzuschliessen und sich zu organisieren.



Die Zunahme von Hitzetagen, Stürmen und den relativ schneelosen Wintern ist kein Zufall. Doch nebst der Reduzierung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) muss auch soziale Gerechtigkeit gefordert werden: Denn auch der Klimawandel wird nicht gerecht ablaufen, wenn die Gesellschaft ungerecht aufgebaut ist. Klima ist eine Frage des Klassenkampfes und Kämpfe für einen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Regionen.

Die Zeit läuft

Forscher*innen und Expert*innen drängen schon seit Jahrzehnten auf eine Reduktion des CO₂- und Treibhausgasausstosses. Die Politik gibt sich einsichtig – jedoch nur auf dem Papier. Die Pariser Klimaziele von 2015 fordern Massnahmen, um die globa-

le Klimaerwärmung deutlich unter 2 Grad, aber möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu behalten. Bei gleichbleibendem CO₂-Ausstoss wird die 1,5-Gradgrenze bereits in 10 Jahren geknackt.

Regionale Kälteperioden oder Hitzewellen gab es immer, aber dies waren immer regionale und nicht globale Klimaphänomene. Der jetzige Klimawandel vollzieht sich jedoch auf der ganzen Welt mit unterschiedlichen Auswirkungen. Auch die Eiszeit hatte sich über tausende Jahre entwickelt und ist nicht vergleichbar mit der Erderwärmung, welche wir heute erleben. Diese schreitet in weitaus kürzerer Zeit voran, so dass für Pflanzen und Tiere kaum Zeit bleibt, sich anzupassen und daher ganze Arten vom Aussterben bedroht sind. Die Eisbären, welche in der

(weiter auf Seite 2)

März/April 2020

Nr. 63, 12. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

WAS gewinnt Arbeitskampf 4

Nach Demonstrationen, Gesprächen und Flyeraktionen lenkte der Betrieb Jugend am Werk in Wien schlussendlich ein.

Massiver Streik in Indien 6

Anfangs Jahr ereignete sich der wohl grösste Streik weltweit: In Indien gingen über 250 Millionen gegen die rechtsextreme Regierung auf die Strasse.

Gewerkschaft feministischer denken 7

Der Beitrag der AG feministische Lohnarbeitskämpfe spricht sich für mehr Austausch aus. Und sieht darin auch eine Chance, für eine Erneuerung der Gewerkschaften und ihrer Praxis und einer Ausweitung der Kämpfe.

Gewerkschaften und Tarifverträge 10

Teil 4 behandelt die Blütezeit der Tarifverträge in den USA: Die Zeit von 1940-70. Sie war gleichzeitig auch das Ende der grossen Gewerkschaftsbewegungen, was auch mit den Tarifverträgen zusammenhing.

Rubriken
Rechtliches 12

Editorial

*In letzter Zeit schwappten höchst beunruhigende Nachrichten aus Deutschland rüber. Und damit meinen wir nicht den Fakt, dass der Corona-Virus nun auch in Europa angekommen ist. Damit meinen wir leider die Zunahme an faschistischen Aktivitäten. Das Klima in Europa hat sich schon lange verschlechtert, doch die Wahl in Thüringen, bei der CDU und FDP mit der faschistischen AFD paktierten kam einem Dammbruch gleich. So bleibt es nur noch eine Frage der Zeit bis ein Bundesland eine Koalition mit der AFD eingeht, um diese zu „zähmen“, und linke Parteien auszubooten. Wie diese Zähmung funktioniert, hat die Welt leider schon bei Hitlers NSDAP gesehen – nämlich gar nicht. Gleichzeitig nimmt die rechtsextreme Gewalt zu. In Hanau lief ein Rechtsextremer Amok und ermordete gezielt People of Color. Die Anzahl der Toten aufgrund von Faschist*innen hat so rasant zugenommen, dass sich nun sogar der Staat Sorgen macht. Zu spät. Linke, die Antifa-Gruppen und Persons of Color warnen schon seit Jahrzehnten vor dem Anstieg der rechten Gewalt. Auch die Schweiz sollte sich hier nicht zurücklehnen, denn viele internationale Verbindungen der rechten Gewalttäter*innen führen auch in die Schweiz. Es gilt, wachsam zu bleiben. Wir sprechen allen Betroffenen rechter Gewalt, sei dies Hanau oder Christchurch und allen anderen unser Mitgefühl aus.*

Diese Ausgabe ist vollgepackt mit Themen, welche auf den ersten Blick manchmal mehr, manchmal weniger mit klassischer Gewerkschaftsarbeit zu tun haben. Doch die FAU Bern sieht Gewerkschaftsarbeit eben auch als ein Schmelztiegel gesellschaftlicher Probleme und Lösungen. Sei dies nun Klima, Feminismus oder eben Rassismus. Eine Basisgewerkschaft sollte sich immer mit allen Themen beschäftigen, welche das Leben und Überleben ihrer Mitglieder betrifft.

**Solidarische Grüsse
eure Fauistas**

Klima

(von Seite 1)

Antarktis ertrinken, weil das Eis schmilzt, sind nur ein Beispiel. Die Erderwärmung hängt ganz klar mit der industriellen Revolution und mit dem damit zusammenhängenden CO₂-Ausstoss zusammen. „Forscher*innen“, welche das Gegenteil behaupten, kriegen oft „rein zufälligerweise“ Gelder von Öl- und Kohlekonzernen.

Die Dosierung macht das Gift

Kohlenstoffdioxid bzw. CO₂ ist wichtig für unser Ökosystem. Lebewesen atmen es aus, Pflanzen brauchen es nebst Licht, um zu wachsen und um es ihrerseits in Sauerstoff umzuwandeln. Gleichzeitig sorgt CO₂ in der Atmosphäre dafür, dass Wärme durch die Sonne auf der Erde bleibt und wir auf dieser überhaupt leben können. Diese Schicht aus Gasen funktioniert wie die Wände von Treibhäusern. Deswegen werden Kohlenstoffdioxid und andere Stoffe als Treibhausgase bezeichnet. Zu viel CO₂ in der Atmosphäre sorgt für zu viel Isolierung, die Temperatur steigt übermässig. Und der momentane Anstieg der Temperatur kann sogenannte Kippeffekte auslösen. Diese sorgen für eine sprunghafte Beschleunigung der Erwärmung, wie zum Beispiel das Auftauen des Permafrosts, welcher momentan viel CO₂ bindet. Mit Treibhausgasen verhält es sich also wie mit Heilmitteln: in richtigen Mengen sind sie lebensstiftend, in Überdosen können sie tödlich sein. So wird auch ein Übermass an Kohlenstoffdioxid für viele Arten auf diesem Planeten, unter anderem den Menschen, tödliche Folgen haben.

Regierungen versprechen vieles

Ein Grossteil der Länder hat das Klimaabkommen von Paris 2015 unterschrieben und ratifiziert, also ist dieses im jeweiligen Land völkerrechtlich verbindlich. Das tönt gut, heisst aber leider nicht viel. Denn Strafen gibt es bisher kaum gegen Länder, welche sich nicht daran halten. Und

viele Staaten tun genau das auch nicht. Andererseits sind die verabschiedeten Massnahmen viel zu lasch und werden die Grenzwerte kaum erreichen. Denn oftmals scheitern die notwendigen Massnahmen am Widerstand der Wirtschaft. Oder konkreter: an den Profitinteressen der Reichen. Der Kohleausstieg in Deutschland zum Beispiel wird kaum umgesetzt werden, solange Konzerne wie RWE die Bevölkerung anlügen und Politiker*innen um ihre Wiederwahl und Spendengelder dieser Konzerne fürchten. Die grüne Welle



wie sie Europa in den Wahlen erlebt, wird nichts nützen, solange Konzerne global so viel Macht ausüben können.

Die rechtsextremen Regierungen in den USA und Brasilien haben bereits angekündigt, sich nicht an das Abkommen halten zu wollen. Sowohl Bolsonaro wie auch Trump leugnen den Klimawandel und stellen diesen als natürlich dar. Ihre reichen Freund*innen danken ihnen dafür.

Klima ist auch eine Klassenfrage

Die klimatischen Veränderungen werden nicht einfach die grössten Klimasünder*innen am härtesten treffen. Steigende Meeresspiegel werden jene Länder am stärksten bedrohen, welche sich keine Schutzmassnahmen leisten können; Hitzewellen werden jene Länder am meisten bedrängen, welche am meisten von der Landwirtschaft abhängen, sprich ärmere Regionen. Der Klimawandel ist eine Katastrophe, welche

sich entlang der Klassenlinien abspielt. Jene Klasse, welche wenig bis gar nichts hat, wird selbst dessen noch beraubt. Die Herrschenden hingegen werden sich mit Profiteinbussen „rumschlagen“ müssen – ausgenommen jene, welche selbst aus dieser Krise noch Profit schlagen werden. Oder dass ihre Ferieninseln absaufen. Geld kann in unserer Gesellschaft vieles kaufen, wie zum Beispiel unwetterfeste Wohnungen und Transportmittel.

Klima ist ein imperialistisches und rassistisches Thema

Hitzewellen, Flutkatastrophen und Tsunamis treffen jene Länder am härtesten, welche kaum Geld für Gegenmassnahmen haben oder auch kaum Massnahmen dagegen treffen können. Dies sind meist die ausgebeuteten Länder und Leute, welche für uns die Drecksarbeit machen: Die Näher*innen in Bangladesch; die Fabrikarbeiter*innen in Taiwan; die minderjährigen Minenarbeiter*innen im Kongo, welche nach seltenen Erden graben.

Gleichzeitig waren es nicht jene Länder, welche den grössten Teil des CO₂ verbraucht haben. Oftmals wird vorgebracht, dass verhindert werden müsse, dass die „Schwellen-“, Entwicklungsländer oder wie mensch sie nennen will, noch mehr CO₂ verbrauchen. Diese produzieren jedoch meist die Treibhausgase in unserem Auftrag: Autos, Konsolen, Handys etc. sind nicht für die dortige Bevölkerung sondern für die westliche gemacht. Nun Indien und China zu kritisieren, greift also zu kurz: Denn unsere Länder haben den ungleich verteilten Wohlstand nur durch Jahrhunderte langen Ausstosses von Treibhausgasen erreicht.

Soziale Gerechtigkeit

Die Zeit drängt und Massnahmen müssen ergriffen werden. Doch allzu oft gaukeln Regierungen vor, dass Arm und Reich, weisse und People of Color, Frauen, Männer und anders definierte im gleichen Boot sitzen. Doch welcher Kassierer im Lidl kann es sich leisten, während einer Hitzewelle in kühlere Gefilde zu fliegen

und im Homeoffice zu arbeiten? Die drohenden Ernteausfälle aufgrund von Dürren und sich ausbreitenden Wüsten werden jene Armen am meisten treffen, welche nichts anderes haben. Auf der anderen Seite wird sich der CEO der UBS genüsslich Fleisch leisten können, welches im Reagenzglas gezüchtet wurde. Die Klimakrise wird uns ungleich treffen, wobei die Reichen die Folgen besser abschwächen können, während der Rest schauen kann, wo er bleibt. Für viel wird nur die Flucht und schlussendlich der Tod im Mittelmeer – dem Massengrab der Festung Europa – bleiben.

Diese Ungerechtigkeit sollte sich daher auch in den Massnahmen zeigen. Die drohende Krise haben vor allem jene zu berappen, welche seit Jahrhunderten vom CO₂-Ausstoss profitiert haben. Und Unterstützung gegen Klimakatastrophen benötigen die Wellblech--Favelas und nicht die Paläste an der Goldküste am Zürisee.



Die Erwärmung wird vor allem bereits arme Bevölkerungen am härtesten treffen: Ernteausfälle können in Gebieten z.B. in Afrika zu unzähligen Toten führen. Die Kluft zwischen arm und reich droht noch weiter aufzugehen.

Keine Individuellen Scheinlösungen

Der bürgerliche Teil der Gesellschaft hat das Klima-Thema bereits aufgenommen, doch die bürgerlichen „Lösungen“ sind wie eh und je auf das Individuum ausgerichtet. Der Wandel, der der Wirtschaftselite und ihren Anhänger*innen vorschwebt, geschieht an der Kasse: Mehr Bio einkaufen, mehr Bio-Lifestyle, mehr Freizeitaktivismus. Den meist bürgerlichen Kommentator*innen fällt dabei nicht ein, dass es sich manche nicht leisten können, biologisch und regional einzukaufen. Ihnen fällt nicht ein, dass die Bäuer*innen weltweit durch unser

Wirtschaftssystem gezwungen werden, die Böden maximal zu nutzen – sprich zu zerstören – Brandrodungen zu machen um Land zu gewinnen oder schädliche Dünger in den Boden zu jagen. Oder dass sich viele das Leben in der Stadt nicht leisten können und daher das Auto benutzen müssen, da der Staat – auch die Schweiz – immer mehr ländliche Gegenden nicht an den öffentlichen Verkehr anbindet oder gar davon abhängt.

System Change

Unser auf Mehrwert gründendes Wirtschaftssystem wird nicht in der Lage sein, die Klimaerwärmung zu stoppen, denn es basiert auf Ausbeutung: Der Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt. Die Klimajugend fordert einen Wandel, und wenn jener nicht im Kapitalismus verwirklicht werden könne, dann brauche es einen Systemwandel. Die FAU Bern gibt sich dieser Illusion gar nicht erst hin.

Wir wissen, dass dieses System nicht dazu in der Lage ist. Wir fordern nicht nur Widerstand von unten, wir fordern die Produktion von unten. Denn unsere Bosse haben gezeigt, dass sie kläglich versagt haben, den Klimawandel zu bekämpfen. Wir fordern Kollektivierung der Betriebe, der Wohnungen, unserer Leben und des Planeten. Wir fordern ein Wirtschaftssystem, welches auf die Bedürfnisse der Menschheit und unserer Umwelt ausgerichtet ist und nicht auf den Profit einiger Weniger.

Dazu müssen wir uns organisieren, lokal regional und auch global. Denn diese Krise lösen wir nicht auf individueller Ebene, sondern nur durch Zusammenarbeit und -Halt der Arbeiter*innen und anderer Unterdrückten.

Es gibt also genug Gründe, sich dem Streik für unsere Zukunft am 15. Mai anzuschliessen. Wichtig wird sein, dass wir auch darüber hinaus aktiv und organisiert bleiben. Bei unserer Arbeit wie auch in unseren Quartieren und Dörfern.

FAT

Wiener Arbeiter*innen Syndikat WAS gewinnt Arbeitskampf

Ende letzten Jahres wurde einer Genossin in Wien gekündigt, nachdem sie auf geltendes Recht pochte. Das liess weder die organisierte Person, noch ihre Basisgewerkschaft auf sich sitzen. Nun ist es Anfangs Februar zum erfolgreichen Ende dieses Arbeitskampfs gekommen.

*Angefangen hatte eigentlich alles damit, dass unter anderem durch den Frauenstreik letztes Jahr die betroffene Genossin als „freie“ Gewerkschafterin im Betrieb auffiel, das heisst, als Basisstatt Systemgewerkschafterin. Zugespielt hatte sich die Situation, als im September 2019 ein neuer Chef kam, welcher sich nicht mehr an Abmachungen hielt. Als sich die Genossin gegenüber der Geschäftsleitung darüber beschwerte, folgte schon bald die Kündigung. Dies liess die Genossin nicht auf sich sitzen und startete zusammen mit dem Wiener Arbeiter*innen Syndikat einen Arbeitskampf. Was folgten, waren Gespräche, Demonstrationen vor dem Arbeitsplatz und auch vor dem Österreichischen Gewerkschaftsbund ÖGB, welcher mit dem Betrieb Jugend am Werk JaW verlinkt ist. Der Betrieb ist mittlerweile eingeknickt und hat der Genossin ein zufriedenstellendes Angebot unterbreitet. Nachfolgend die Erklärung des WAS:*

Im Arbeitskampf bei Jugend am Werk hat es Anfangs Februar eine spannende Wende gegeben. Montags kam die Genossin, um die es sich handelt, aus ihrem zweiwöchigen Urlaub zurück und hat ein Mail der Geschäftsführung in ihrer Firmen-Mailbox gefunden, mit einer höflich gehaltenen Einladung doch einen Termin auszumachen, um über die Forderungen, die das WAS zuvor kommuniziert habe, zu sprechen. Das Mail war schon vom 16. Januar und wurde rund eine Stunde nach Beendigung unserer damaligen Kundgebung vor der Zentrale verschickt, erging aber leider nicht an das WAS. Interessant war zu diesem Zeitpunkt bereits, dass mit diesem Mail schon einige Dinge, die wir zuvor bemängelt haben, er-

füllt waren. Einerseits wurde die Kollegin nicht mehr auf ihrem Privathandy in der Freizeit kontaktiert, andererseits wurde mitgeteilt, wer von Seiten JaWs bei dem Gespräch dabei wäre und schliesslich war eine sehr konfrontative und rechtlich schlecht bewanderte Person nicht mehr mit eingeplant. Unsere Genossin hat also an diesem ersten Arbeitstag einen Termin gleich für den nächsten Vormittag ausgemacht. Die Begleitung durch unsere Gewerkschaft wurde sofort akzeptiert und war kein Streitpunkt mehr.

Am Dienstag war das Gesprächsklima dann von Beginn an sehr professionell und nicht geprägt von Konfrontation wie beim letzten Gesprächstermin (der damals von zwei unbeteiligten Genoss*innen des WAS wahrgenommen wurde).

Zuerst haben wir klargestellt, dass wir bisher keine Forderungen gestellt haben, sondern lediglich beim letzten Termin

setzung, dass sie bis zur Kündigungsfrist eine Dienstfreistellung erhält, also weitere zwei Monate, die bezahlt aber arbeitsfrei sind, akzeptiert. Wichtig war uns, nicht gross herumzufeilschen, da es nicht um „Maximalgewinn“ für die Genossin gegangen ist, sondern in erster Linie um die Würde und die faktische Anerkennung unseres Arbeitskampfes. Für Mittwoch haben wir uns dann einen neuen Termin zur Unterzeichnung und vorheriger Klärung offener Fragen ausgemacht. Wir haben anschliessend am Dienstag Nachmittag noch einige rechtliche Aspekte recherchiert, um die schriftliche Vereinbarung korrekt zu verfassen. Über diese Punkte gab es dann noch eine respektvolle Mailkommunikation. Eine einzige kleine Änderung unsererseits wurde dann auch verständnisvoll am Mittwoch eingearbeitet.

Ungefähr 9000 Euro Entschädigung erstritten

Die von der kämpfenden Genossin nun unterzeichnete Vereinbarung beinhaltet eine sofortige Dienstfreistellung bis Ende März, also bis zum Ende der bisherigen Kündigungsfrist, Einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses per 30. März, dadurch folgerichtig Zurückziehung der Klage vor dem Arbeitsgericht unsererseits und eine einmalige freiwillige Abgangsschädigung in Höhe von 5500,- Euro. Dies sind insgesamt also fast fünf Monate extra bezahlt bzw. an die 9000,- Euro, die somit mit Hilfe des WAS erstritten wurden.

Zwar war die zugrundeliegende Nichtbeachtung der Abmachungen und Arbeitsverträge durch den neuen Vorgesetzten der unteren Leitungsebene, sowie das unwürdige Spiel mit dem Suchen und Konstruieren von Entlassungsgründen, „oder jedenfalls kündigen, falls die Entlassung nichts wird“, Suspendieren, doch nicht Kündigen, Versetzen, doch Kündigen, usw. überhaupt kein Thema mehr, das Angebot an sich war jedoch Zugeständnis genug, zumal noch vor Kurzem jegliche Sondereinbarung kategorisch ausgeschlossen wurde, und das Prozedere



vorgerechnet haben, was die Mindest-Gesamtkosten für JaW ausmachen würden, wenn wir die Klage vor dem Arbeitsgericht wegen Kündigung aus Verpönten Motiven gewinnen (wovon wir zu 99% ausgegangen sind). Anschliessend haben wir nochmal darauf hingewiesen, dass der Ball seit längerem bei JaW liegt. Recht flott gab es dann von der Geschäftsführung und der Prokuristin einen konkreten Vorschlag für eine „freiwillige Abgangsschädigung“. Unsere Genossin hat das Angebot in Höhe von rund drei Monatsgehältern unter der Voraus-

re an sich erwartbar und „im Rahmen“ war, um aus einer derartig verfahrenen Situation herauszukommen.

Auch war es JaW wichtig festzuhalten, dass einerseits die gewerkschaftliche Betätigung natürlich frei sei, unsere Gewerkschaft sinngemäss tun und lassen soll, was sie für richtig hält, und es auch keinerlei Forderungen an das WAS gäbe, und andererseits die Beteiligung am Frauenstreik-Streikkomitee angeblich tatsächlich nichts mit der Kündigung zu tun gehabt hätte.

Deshalb haben wir am Mittwoch noch vorgeschlagen, in zwei bis drei Monaten, wenn einerseits die Kollektivvertragsverhandlungen (und der Kampf um die 35-Stunden-Woche) für dieses Jahr vorbei sind, und andererseits wieder mehr Zeit ist, nochmals ein Treffen WAS/JaW-Geschäftsführung zu machen und den Frauenstreik 2019 bei JaW nachzubespochen. Die Geschäftsführung hat uns zugesagt und wir sollen dann gerne auf sie zukommen.

Insgesamt bewerten wir diesen Arbeitskampf bisher als äusserst erfolgreich. Wir denken, dass wir gezeigt haben, dass wir, trotz für manche Leute fanatisch erscheinender Solidarität und unverhältnismässigem Aufwand, ganz vernünftige Menschen sind, mit denen man reden und auch Dinge ausmachen kann, die halten. Etwas was Einige uns herrschaftsfreien Sozialist*innen gerne absprechen wollen. Auch JaW hat eingelenkt, und gezeigt, dass es für Firmen immer Möglichkeiten gibt.

Angst ist gross

Vielleicht besteht sogar die kleine Möglichkeit, dass es einen Restfunken sozialen Verantwortungsgefühls innerhalb von JaW gibt und sich die unterschiedlichen Leitungsebenen aufgrund der Grösse dieses 1600-Menschen-Betriebes nur nicht im Klaren sind, welche strukturelle Gewalt hier teilweise ausgeübt wird, und wie gross das „Angstregime“ im voranschreitenden Kapitalismus gegen die Habenichtse (und JaW hat vie-

le teilzeitangestellte Frauen) eigentlich wirklich ist. Denn was wir die letzten Wochen an Furcht und Unterwürfigkeit erlebt haben, ist unerträglich! Da fürchten sich beispielsweise tatsächlich Mitarbeiter*innen, die grundsätzlich solidarisch mit unserer Kollegin sind, davor, Betriebsratskandidaturen zu unterschreiben (welche Chef*innen niemals zu Gesicht bekommen!) oder fürchten sich davor, dass es eine Kundgebung geben soll.

Es gab aber auch einige sehr gute Erfahrungen bei den zahllosen Gesprächen, die wir mit unorganisierten Mitarbeiter*innen von JaW die letzten Wochen geführt haben. Besonders motivierend war, dass dies teilweise von Menschen gekommen ist, von denen man es nicht erwartet hätte. Unser Dank gilt jedenfalls den Unorganisierten, die öffentlich Stellung bezogen haben!



JaW steht sowohl der Sozialdemokratie wie auch dem Gewerkschaftsbund Österreichs nahe. Genau diese Nähe macht das Vorgehen des Betriebs umso skandalöser.

Der Problem-Chef bleibt

Schliesslich muss auch noch angemerkt werden, dass die Sache mit dem direkten Vorgesetzten, der die Probleme überhaupt erst verursacht hat, keinesfalls gegessen ist. Das WAS hat mittlerweile von mehreren Angestellten Kenntnis, dass es massive Probleme mit Ihm gibt und gab. Was das für das Betriebsklima bedeutet, wenn Angestellte nun sehen, dass wer den Mund diesbezüglich aufmacht

– fliegt, kann man sich lebhaft vorstellen. Wie das in Zukunft überhaupt halbwegs funktionieren soll, wenn die Angst dauernd dabei ist, ist schleierhaft. Weitere Konfrontationen sind da eigentlich schon vorprogrammiert.

Organisiert Euch!

Speziell sei diese Episode des Klassenkampfes auch noch allen Unkenrufer*innen mit ihrem ewigen „das bringt doch nichts“, „da kann man eh nichts machen“, „das hat doch keinen Sinn“ oder „da seids ihr sehr blauäugig“, ins Stammbuch geschrieben.

Unser besonderer Dank gilt auch allen Internationalen Genoss*innen, die sich vorbildlich solidarisiert haben und JaW von Ihrer Meinung informiert haben sowie allen solidarischen Menschen in Wien die uns die letzten Wochen unterstützt haben.

Diese wissen aber sowieso „only the organized survive“ – alle Anderen können es an diesem Beispiel wieder einmal sehen.

Denn ganz am Ende war es JaW dann heute bei der Unterzeichnung des Vergleiches schon wichtig zu wissen, ob wir denn am Montag Morgen bei den neuerlichen Kollektivvertragsverhandlungen wieder vorm Hauptgebäude des Österreichischen Gewerkschaftsbunds ÖGB stehen werden (wo wir die letzten Kollektivvertrags-Verhandlungstage immer ein paar hundert Flugzettel zur Causa verteilt haben) oder ob wir am 20. Februar jetzt trotzdem die Kundgebung vor der JaW-Zentrale machen wollen.

Eine abschliessende Einschätzung, wird es Anfang April geben, wenn wir sehen, ob im Endeffekt wirklich alles so unproblematisch und halbwegs vernünftig geklappt hat, wie es derzeit den Anschein macht.

Und merkt euch: dass ein Angriff gegen Eine ein Angriff gegen alle ist, ist keine leere Floskel von uns!

Wiener Arbeiter*innen Syndikat

Massiver Streik in Indien

Am 8. Januar kam es in ganz Indien zu einem der grössten Streiks der Weltgeschichte. Es wird von einer Beteiligung über 250 Millionen gesprochen. Möglich gemacht hatte dies einerseits der rechtsextrem-neoliberale Kurs der Regierung Modi und ein stärkeres Bewusstsein dafür, dass die Regierung nur für die Reichen arbeitet. Beobachter*innen sprechen von einem kaum dagewesenen Zusammenschluss von verschiedenen Protestbewegungen, etwas das Indiens Regierung seit jeher zu verhindern versucht.

Anfänglich hatten zehn der grössten Gewerkschaftsverbände Indiens zum Streik aufgerufen. Es wurde eine breite Palette an Forderungen gestellt, darunter auch solche, welche sich gegen den hindu-faschistischen Kurs der Regierung richtete.

Breite Beteiligung

Die Breite der Forderungen zeigte sich schlussendlich auch in der Breite der Beteiligung: Der öffentliche Dienst stellte sich gegen die Regierung bzw. gegen deren Vorhaben, immer mehr Staatsbetriebe zu privatisieren. Die Bäuer*innen richteten sich gegen eine Landwirtschaftspolitik, welche immer mehr Menschen in die Armut treibt. Der Privatsektor stellte sich gegen die Ausweitung prekärer Temporärarbeit. Und schlussendlich kam auch die demokratische Gesellschaft zum Protest, da die Regierung Modi immer mehr gegen die religiösen Minderheiten hetzt.

Indien in der Krise

Indien, eine der schnellsten wachsenden Marktwirtschaften, leidet gerade unter einer Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Mindestlöhne tief. Der einst aufstrebende IT-Bereich wird immer weiter outgesourct und die Regierung hat neue Steuern erhoben – für die Armen.

Auf der anderen Seite hat die Regierung gleichzeitig die Unternehmenssteuern von 30 auf 22 Prozent gesenkt. Das hat natürlich nicht die Arbeitslosigkeit verringert, sondern den Säckel der ohnehin schon Reichen nur noch weiter gefüllt. Währenddessen geraten immer mehr Menschen in die Armut.

Industrie, Landwirtschaft und Beamte

Für viele Arbeiter*innen Indiens ist die immer weiter fortschreitende Temporärarbeit ein Problem. Es gibt wie auch in anderen Ländern kaum soziale Absiche-



rung, Arbeitsplatzsicherheit oder fairen Lohn. Mittlerweile haben die Menschen denn auch gemerkt, dass am Versprechen, die Temporärarbeit sei der Steigbügel zu einer Feststelle, nicht viel dran ist. Ausserdem wird ein Mindestlohn gefordert, welche nicht nur zum Verhungern reicht. Neue Gesetze gegen Gewerkschaftsaktivitäten trieben auch den Grossteil des Industriegürtels Delhis in den Streik. Ein Grossteil der Automobil- und Motoradindustrie stand an diesen Tag still.

Neu am diesjährigen Generalstreik – bereits dem zehnten seit Modis Amtsantritt – ist die Beteiligung der Landarbeiter*innen. Auch sie leiden an der neoliberalen Wirtschaftsausrichtung. Die Preise fallen und viele Kleinbetriebe sind massiv verschuldet, was zu einer

ausserordentlich hohen Selbstmordrate führt. Auch ein äusserst grosser Teil der Staatsbeamten ging auf die Strasse, um die Privatisierungswelle der Regierung zu bekämpfen. Das Staatswesen ist eine der grössten Arbeitgeber Indiens.

Widerstand gegen Staatsbürger*innen-Gesetze

Mit zwei Gesetzen geht die rechtsextreme Regierung Modis gegen Muslime vor: In einem ersten Schritt verlangt ein neues Gesetz (National Registry of Citizens, NRC), dass sich alle Einwohner*innen Indiens, als Staatsbürger*innen registrieren lassen. In Indien besitzen viele aber keine Papiere, vor allem Arme und Analphabet*innen. In einem zweiten Schritt, mit dem Citizens Amendment Bill (CAB) wird die Staatsbürgerschaft, aber im Prinzip allen religiösen Gruppen gewährt – ausser den Muslim*innen. Modi behauptet zwar, dass diese Gesetze nicht auf Muslim*innen abzielen, aber sein engster Vertrauter Amit Shah äusserte sich auf einer BJP-Kundgebung mit wenig Zurückhaltung: „Sollen wir die Eindringlinge rauswerfen oder nicht? Die Eindringlinge trinken vom Blut unserer Nation wie Parasiten.“ Mit den Eindringlingen sind die Muslim*innen gemeint, welche seit der Unabhängigkeit Indiens und der Abspaltung Pakistans und Bangladeshs (Regionen mit muslimischer Mehrheit), von Hindu-Nationalist*innen als fremd angesehen werden. Das Gesetz sieht vor, dass alle die nicht-Staatsbürger*innen sind und keine gültigen Papiere haben in speziellen Zentren zusammengepfert werden. Modi und seine *Bharatiya Janata Party BJP* versucht seit Jahrzehnten, die Säkularität Indiens – die Trennung von Kirchen und Staat – zugunsten eines Selbstverständnisses als einer hinduistischen Nation aufzugeben.

Übergriffe in Uttar Pradesh

Es kam landesweit zu Verhaftungen, vor allem von Gewerkschafter*innen. Landesweit starben rund 30 Menschen. In Uttar Pradesh, der grössten Provinz Indiens, waren es alleine ungefähr 20 Menschen. Dort gingen Polizei und hindunationalistische Schlägertruppen auf die Demonstrant*innen los, schossen scharf und überfielen zum Teil sogar Menschen in ihren Häusern. In Uttar Pradesh herrscht mit Yogi Adityanath ein Mönch im Dienste der BJP. Zudem ist dort auch die faschistische *Rashtriya Swayamsevak Sangh RSS*, auf deutsch etwa nationale Freiwilligenorganisation, besonders aktiv. Diese wird in ihrem Vorgehen mit Hitlers Sturmabteilung SA verglichen. Die Gründerväter der Organisation äusserten sich während der Zeit des dritten Reichs mehrmals positiv zu Hitlers Regime, da es die „eigene Rasse“ so gut erhalte. Umso alarmierender ist es daher, dass die BJP eigentlich bloss der politische Arm der RSS ist.

Überfälle auf Student*innen im Vorfeld

Die Student*innenproteste dauern schon seit der angedrohten Erhöhung der Studiengebühren an. Seither hat sich eine wahre Bewegung gebildet, welche sich auch gegen die BJP stellt. Da die Bewegung eher Links und gegen die Vermischung von Religion und Staat ist, ist sie ein prominentes Ziel für die RSS und ihre Studierendenorganisation *Akhil Bharatiya Vidyarthi Parishad ABVP*. Bereits am 5. Januar kam es auf dem Gelände der Jawaharlal Nehru University in Delhi zu einer Jagd auf linke Studierende und Lehrer*innen. Der Überfall dauerte ganze drei Stunden. Studierende wurden mit Eisenstangen geschlagen, mit Steinen beworfen und verprügelt. Die Polizei stand währenddessen daneben und schaute zu. Selbst als die Angreifer Ambulanzen daran hinderten, Verletzte zu versorgen, unternahm die Polizei nichts. Stattdessen eröffnete sie im Nachgang ein Verfahren wegen Vandalismus und Unruhestiftung

gegen die Opfer des Übergriffs. Schon lange werden indische Polizist*innen dafür gerügt, dass sie mit eiserner Härte gegen Regime-Kritiker*innen vorgeht, aber bei den sich häufenden Angriffen der BJP-Unterstützer*innen tatenlos zuschaut, oder gleich selbst mitmacht.

Beginn eines Wandels

Der gemeinsame Streik- und Protesttag von Gewerkschafter*innen, Landarbeitenden, Staatsbeamten, Studierenden und Bürger*innenrechtsgruppen gegen die neoliberale und zugleich fast religiösfaschistische BJP ist bemerkenswert. Denn seit Jahrzehnten versuchen die Mächtigen des Landes die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Gleichzeitig wachsen die Protestbewegungen und dies trotz der Gewalt von Rechts und Polizei und auch trotz immer weiter verschärfter Gesetze. Der massive Streik vom 8. Januar könnte daher mehr bewegen, als auf den ersten Blick erkennbar scheint.

FENG

Gewerkschaft feministischer denken

In der AG Feministische Lohnarbeitskämpfe zusammengeschlossene Gewerkschafter*innen aus Deutschland zum 8. März.

Der Internationale Frauentag naht. An vielen Orten weltweit beziehen auch Gewerkschafter*innen Position für eine geschlechtergerechte Welt. Wie letztes Jahr bereits in Ansätzen erkennbar, können die Mobilisierungskraft feministischer Bündnisse und deren Arbeits- und Gesellschaftsvisionen unsere oft ritualisierten Protestformen und gewerkschaftlichen Zukunftsvisionen in Bewegung bringen und bereichern. Gleichzeitig liefert gewerkschaftliche Praxis allerhand konkrete Kämpfe für eine betriebliche Fundierung feministischer Bewegungen. Dass einigen trotz Parallelen die Kluft für einen Schulterchluss noch zu gross erscheint, sollte beiden Seiten Ansporn



sein, in konstruktiver Auseinandersetzung aufeinander zuzugehen: Um die grundlegenden gesellschaftlichen Kämpfe in der gegenwärtigen politischen Lage auszufeuchten, bedürfen wir alle der Bündelung unserer Kräfte. Die feministische Mobilisierungswelle ist für uns als Gewerkschafter*innen Anlass, unsere Arbeit einmal mehr zu reflektieren – denn natürlich ist unsere Bewegung selbst

nicht frei von Diskriminierungsformen und allzu oft verschwinden die Fragen, die sich damit stellen, im gewerkschaftlichen Alltag.

Feministische Kämpfe als transformatorische Kraft

Die Mobilisierungskraft feministischer Kämpfe in Deutschland hat sich nach Jahren feministischer Maulwurfsarbeit am Internationalen Frauentag 2019 in den grössten Demonstrationen bundesweit seit Jahrzehnten gezeigt: 75'000 Menschen sind für eine Welt ohne geschlechtsbezogene Diskriminierung und Gewalt auf die Strassen gegangen. Hier fiel eine gesellschaftliche Umbruchstimmung mit der Vernetzungs- und Bündnisarbeit aus feministischen Zusammenhängen in eins: Eine Vernetzungskonferenz mit über 400 Teilneh-

(Fortsetzung auf Seite 8)

feministischer denken (von Seite 7)

menden im Herbst 2018 hatte eine grosse Strahlkraft. Bundesweit wurden fast 40 lokale Bündnisse gebildet, um den symbolträchtigen 8. März generationen-, themen- und spektrenübergreifend vorzubereiten. In diesen Zusammenschlüssen wurde nicht nur die Bandbreite queerfeministischer Kämpfe sichtbar – auch der Wunsch wurde deutlich, sich über linke, akademische Kulturen hinaus zu bewegen und Lohnarbeitskämpfe (und damit auch Gewerkschaften) in die Auseinandersetzung miteinzubeziehen¹.

Die Übernahme des international gewachsenen Schlachtrufs „Frauenstreik“ verdeutlicht das Bedürfnis radikal – also an die Wurzel gehend – feministische Themen in den Mittelpunkt der Debatten um die Zukunft zu stellen.

Die Parallelen zu *Fridays for Future* sind augenfällig. Beide tragen zur Debatte um die gesellschaftliche Verteilung und Bewertung von Arbeiten und zu den Diskussionen über Ziele und Notwendigkeiten von Lohnarbeitskämpfen, der Organisation in Gewerkschaften und politischen Streiks bei.

Anschlussfähigkeit – unser gewerkschaftliches Eigeninteresse

Die Forderungen des feministischen Streiks knüpfen an unsere gewerkschaftlichen Kämpfe an, und wir können feministische Unterstützung nur begrüßen. Wie sich die gemeinsame Arbeit konkret gestaltet, kann nur lokal entwickelt werden. Das breite Feld zwischen Solidaritätsaktionen für Betriebskämpfe durch feministische Bündnisse und einem gewerkschaftlichen Blick auf das eigene Lohnarbeitsverhältnis bietet viel Freiraum für eine neue gesellschaftliche Kraft.

Unser gewerkschaftliches Ziel – „Gutes Leben für Alle“ – findet sich in einer queerfeministischen Zukunftsvision wieder. Doch es wird deutlich, dass hier „Arbeit“ sehr viel umfassender gemeint ist: Arbeit ist mehr als Lohnarbeit und muss stets mit der (privatisierten) Re-Produktion des Lebens zusammen gedacht werden: Haus- und Fürsorgearbeiten – nicht nur für Alte, Kranke und Kinder – sind

² Zu den damit einhergehenden Herausforderungen vgl. Wolf in *Express* 1/19; Gameau in *express* 5/19.

Arbeitsleistungen, auch wenn sie nicht entlohnt werden! Diese ins Zentrum der eigenen Zukunftsvision zu stellen, bedeutet letztendlich die Anerkennung der allseitigen Abhängigkeit und damit den Widerstand gegen eine kapitalistisch-patriarchale Logik, die strukturell masslos und gegenüber den konkreten Bedürfnissen und Beziehungen der Menschen – also uns – gleichgültig ist.

Feministische Debatten leuchten damit aus, wie gesellschaftliche und betriebli-

fähigkeit haben, zeigen nicht zuletzt verschiedene Vertragsverhandlungen. Es trifft einen Nerv der Zeit, wenn neben Lohnforderungen auch Forderungen zu Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen gestellt werden. Die Medien zeigen grosses Interesse, und Umfragen zeigen, dass – vor die Wahl zwischen Geld oder Zeit gestellt, verstärkt die Option „freie Tage“ gewählt wird.



Mobilisierung für den feministischen Streik am 8. März in Deutschland. Das Bild bezieht sich auf die Proteste in Chile. Die Performance „El Violador eres tú“ auf deutsch „der Vergewaltiger bist du“ ging um die Welt.

che Probleme stets ins Private verschoben werden. Dass hier Prekarität und hohe Arbeitsbelastungen anzutreffen sind, verwundert nicht, da die kapitalistische Verwertungs- und Profitlogik an ihre Grenzen stösst: Der Kapitalismus braucht die konstante (soziale) Reproduktion des Lebens, um die Arbeitskräfte zu erhalten. Die Kosten dafür haben immer die Arbeitskräfte und ihre Familien getragen – unter kapitalistischen Bedingungen erscheinen sie aus unternehmerischer Perspektive als externe Kosten und werden entsprechend als Privatangelegenheit behandelt. Wo dies infolge von Protesten nicht gelingt, übernimmt der Sozialstaat als ideeller Gesamtkapitalist die Reproduktionssicherung jenseits von privatisiertem Risiko und Familie. Dieses Modell ist durch veränderte Lebensstile und den Neoliberalismus im Zerfall begriffen. Dem Versuch, diese Reproduktionsleistungen selbst zu ökonomisieren, sind enge Grenzen gesetzt, da sich die Produktivität in diesen meist arbeitsintensiven Berufsfeldern nur schwer steigern lässt.

Dass diese Debatten innerhalb der Gewerkschaftswelt bereits hohe Anschluss-

Gewerkschaftskultur im Betrieb – Motor für beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit

Die betrieblichen Diskussionen können zu einem Mobilisierungsschub und einer Veränderung der Gewerkschafts- und Betriebskultur führen. Sich zu vergegenwärtigen, wie Arbeitsbedingungen unmittelbar auf das Privatleben wirken, bestärkt die empfundene Widerstandsnotwendigkeit. Über das Private zu sprechen, baut Vertrauen untereinander auf und zeigt, dass es nicht um „mein Versagen“ geht, sondern um unsere strukturellen Probleme geht. Aus individuellen werden so kollektive Motoren für Widerstandsprozesse.

Hierdurch wird erlebbarer, dass Gewerkschaftsarbeit nicht eine ausgelagerte Verhandlungsführung fernab des eigenen Arbeitsortes ist, sondern konkrete Solidaritätserfahrung und Kampf im Betriebsalltag für kollektive Grenzziehungen notwendig sind. Dass diese Haltung gestärkt werden muss, liegt nicht zuletzt daran, dass in Zeiten individualisierender ausbeuterischer Selbststeuerung durch systematisch zu eng gestrickte Projekt-

vorgaben und zu wenig Personal, die persönliche und kollektive Haltung täglich herausgefordert wird.

In diesem Sinne ist Gewerkschaft auch die Anerkennung und Unterstützung der kontinuierlichen Beziehungsarbeit, die Menschen in ihren individuellen Emanzipationsprozessen vollziehen, um für sich selbst und andere einzustehen.

Diese Entwicklung stützt die Verschiebung von einer Stellvertreterpolitik hin zu beteiligungsorientierter Gewerkschaftsarbeit. Insbesondere die Mobilisierungstechniken des Organizing sind hierbei zu erwähnen und spiegeln interessanterweise soziale Kompetenzen, die oft Frauen zugeschrieben werden: Zuhören, Fragen stellen, Alltagsprobleme ernst nehmen, Menschen zusammenbringen, Beteiligungsprozesse organisieren und Menschen zum Selbst-Handeln ermutigen.

Gewerkschaft als soziale Bewegung

Wir dürfen die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme wie Faschisierung, den sozial-ökologischen Kollaps, Migration, Digitalisierung und Vermarktlichung des „Privaten“ nicht als ferne politische Kampfplätze abtun, etwa weil sie nicht „im Betrieb“ angegangen werden könnten. Im Betriebsalltag sind diese Konflikte zu finden und dort gilt es konkrete Lösungen dafür zu entwickeln.

Es gilt sich auch einzugestehen, dass wir dem nicht mit dem gängigen Kampf um ein paar Prozentpunkte mehr Lohn entgegenreten können und wir daher verstärkte und neue Schlagkraft brauchen. Wir müssen konfliktorientierter und kreativer werden. Bündnisarbeit ist unser Eigeninteresse, mit ihr können wir unser politisches Mandat ernst nehmen und stärker werden.

Dies ist dort auch schlicht existentiell notwendig, wo der ökonomische Druck für einen traditionellen Streik fehlt: Wenn sich die Arbeit durch Streiks auftürmt, Arbeitgeber*innen Geld einsparen und den Beschäftigten einreden können, dass sie die ihnen Anvertrauten gefährden, verlieren wir das entscheidende Element: unsere gewerkschaftlichen Hand-

lungsmacht. Hier braucht es andere Strategien und andere Argumente gegenüber Beschäftigten und Öffentlichkeit.

Mutmachende Beispiele lassen sich etwa bei Auseinandersetzungen im Krankenhaus finden: Vor zehn Jahren waren diese vom öffentlichen Aufschrei begleitet, realistische Streikstrategien schienen undenkbar. Inzwischen gibt es in Deutschland erfolgreiche Erfahrungen mit neuen Strategien und breite Solidarisierungen von Bündnissen für mehr Personal im Krankenhaus.

Dieses Experimentieren verstehen wir als Suche einer Gewerkschaftserneuerung, die uns Mut macht!



Am 14. Juni 2019 kam es zum zweiten landesweiten Frauenstreik in der Schweiz. Die schiere Breite der Bewegung bewog auch die Systemgewerkschaften des SGB für den „politischen“ Streik zu mobilisieren. In Zeiten von „Arbeitsfrieden“ eine Seltenheit.

Internationale Frauenstreikbündnisse: Lernbewegungen & Auftakt 2020

Dass es sich lohnt, die feministischen Kräfte verstärkt auf dem Radar zu haben, zeigen auch folgende Schlaglichter: In der Schweiz sind im Juni 2019 eine halbe Millionen Menschen auf die Straße gegangen. In Spanien traten Millionen von Menschen im letzten Jahr am Internationalen Frauentag in den Streik. In Lateinamerika legten die Frauenstreikbewegungen ganze Städte lahm. In den USA gingen Hunderttausende auf die Strasse, um gegen die Politik von Trump zu demonstrieren. In Indien, der Türkei und an vielen weiteren Orten der Welt waren

Strassen und Plätze voller Frauen, Queers und solidarischer Männer im Streik gegen die herrschende Gewalt. In Irland wurde das Abtreibungsrecht erkämpft, die Me-too-Debatte stellt einen Meilenstein dar, wenn es darum geht, Berichte über Übergriffe und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ernstzunehmen, Präventionskampagnen verschieben zunehmend die Ansprache von Opfern („Achte darauf, dass du nicht ...“) auf Täter („Mach das nicht“). Diese Welt ist in Bewegung! Um in Deutschland die Arbeit der Frauenstreik-Bündnisse wieder zu bündeln, fanden sich in Jena für ein Vernetzungswochenende Vertreter*innen aus 17 deutschen Orten und Wien zusammen.

Die Diskussionen waren nachdenklich, inhaltlich-politische Konfliktthemen bekamen Raum. Die Fragen nach Vernetzung und insbesondere die Verankerung der politischen Agenda im eigenen (Lohnarbeits-)Leben sind richtungsweisend. Nach dem spontanen Auf- und Ausbruch folgt nun ein Ringen um Kontinuität, Verbreiterung und Lernfelder. Wesentlich erscheint uns hierbei der Wille zum konstruktiven Streiten nach innen beim energischen gemeinsamen Kämpfen nach aussen.

Die Aktionsformen werden wieder vielfältig sein. Als ein gemeinsames Element wurde jedoch der öffentliche Sitz-Streik und das Posten von Fotos und Kommentaren unter #ichstrikke8M gewählt.

Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten

Die Vernetzung unter denjenigen, die sich im Feld der Lohnarbeit bewegen, ist merklich vorangeschritten und hat nicht zuletzt dazu geführt, einen Brief an Gewerkschaftsaktive, Gremien und ihre Vorsitzenden zu schreiben, in dem zur Zusammenarbeit aufgerufen wird. Dieser Brief wird vom Vernetzungstreffen unterstützt und ist auf der Homepage abrufbar (Frauenstreik.org). Uns eint die Erkenntnis, dass bei aller Euphorie der Schlachtruf „feministischer Streik“ insbesondere Aktivist*innen mobilisiert und

(Fortsetzung auf Seite 10)

feministischer denken (von Seite 9)

als Bindeglied gut funktionieren mag – er ist aber nicht das mobilisierende Thema, schon gar nicht für breite Teile der Bevölkerung. Konkrete Themen, konkrete Forderungen und konkrete Gegner*innen müssen lokal und systematisch eingebracht und angegangen werden.

Für eine gesellschaftliche Verankerung braucht es zudem kontinuierliche Arbeit und niederschwellige Aktions- und Mobilisierungsformen sowie kollektive Räume zur Politisierung der Erfahrungen. Die vielschichtigen Emotionen, wie etwa Ärger, Angst, Frust, werden allzu oft individuell verarbeitet. Wut auszudrücken – insbesondere kollektiv und in der Öffentlichkeit – ist etwas, das sich Frauen nach wie vor häufig erst in Emanzipationsprozessen aneignen.

In unserer Gewerkschaftswelt können wir die dafür notwendigen kollektiven Räume schaffen, sei es durch aktive Mittagspausen, Betriebsversammlungen oder interne Fortbildungen in der Arbeitszeit. Selbst-initiierte Zeit im Team, um über indirekte Steuerung und die persönliche Folgen davon zu

sprechen, ist die Mühe wert. Teambasierte Widerstandsmöglichkeiten lassen sich am besten gemeinsam finden, nicht zuletzt weil so auch das Durchhalten sicherer ist: eine Whatsapp-Gruppe ohne den Chef einzurichten, sich gegenseitig zuzusichern, nicht »aus dem Freik« einzuspringen, Pausenzeiten oder Gesetzesvorgaben einzuhalten oder gemeinsam Überlastungsanzeigen² zu schreiben...

Wenn also in den Gewerkschaften die Alltagsthemen der Menschen wieder ins Zentrum gestellt werden sollen, liegen die Anknüpfungspunkte zum Frauenstreik auf der Hand. Hier geht es um

² Das deutsche Arbeitsrecht kennt die Möglichkeit eine Anzeige zu schreiben, wenn die Arbeitsbelastung so hoch ist, dass die Gesundheit und Sicherheit von sich selbst oder anderen gefährdet ist.



eine andere Verteilung von Geld, Zeit und Arbeit. Bei diesem Streik geht es um die zentralen Themen der Gewerkschaften, die durch diesen Streik ganz ohne verhandlungspolitische Leitlinien, ohne Streikgeld und von unten organisiert in die Öffentlichkeit getragen werden. Der Aufruf der Gewerkschaften zu einer Beteiligung wäre ein guter Anfang.

Es wäre eine Bereicherung für Gewerkschaften und Frauenstreikbündnisse, wenn die Frage, wie diese Gesellschaft sich in den nächsten zehn Jahren zum Wohle der Menschen statt gegen sie entwickeln muss, gemeinsam diskutiert würde. Die feministische Perspektive auf Veränderung ist zentral. Sie stellt die Frage, was im Mittelpunkt steht: der Mensch und die Natur oder der Profit. Und wie überall – auch im Betrieb und in Gewerkschaften beginnt Widerstand und Veränderung im direkten Kontakt miteinander.

Artikel der AG *Feministische Lohnarbeitskämpfe* erschienen in *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* 02/2020.

abrufbar unter <https://www.la-bournet.de/express/>

gekürzt und moderat angepasst von smf

Gewerkschaften und Verträge in den USA

Wann und warum begannen Gewerkschaften mit dem Unterzeichnen von Tarifverträgen?

Teil 4: Nachkriegszeit als Blütezeit der Tarifverträge

Nachdem Ende 19. Jahrhundert einige Gewerkschaften aufgrund fehlgeschlagener Streiks zusammenbrachen, versuchten neue Gewerkschaften solche Streiks zu unterdrücken. Mit Tarifverträgen versuchten dann im frühen 20. Jahrhundert die Bosse ihre Konkurrenz unter Druck zu bringen. Teil 4 behandelt die stärkste Phase der Verträge mit Unternehmen¹: die 1940er bis 1970er.

Nachdem die *Great Depression* begann, lebten auch Arbeiter*innen unruhig und Linksradikalismus wieder auf, was Arbeitgeber*innen und den Staat ver-

¹ Teil 1-3 findet ihr in der Schwarzen Chatz #58-60.

anlasste, viele der Reformen, mit denen sie erstmals im frühen 20. Jahrhundert experimentiert hatten, einzuführen. Als Antwort auf die Streikwelle von 1934 verabschiedete der Kongress den *National Labor Relations Act (NLRA)* von 1935 als Versuch, den Handel zu schützen² und zukünftige Streiks zu verhindern, indem Arbeitgeber*innen ermutigt wurden, Verträge mit Gewerkschaften abzuschließen. Der Verfasser dieses Gesetzes, Senator Robert F. Wagner, war ein Mitglied der Legislative des Staates New York als die *Protocols of Peace* unterzeichnet wurden und unterstützte die-

² <https://www.nlrb.gov/how-we-work/national-labor-relations-act>

se auch. Der Architekt der *Protocols of Peace*, Louis Brandeis, wurde einige Jahre nachdem er zwischen der *ILGWU* und der *CssPA* während der im vorigen Teil erwähnten *great revolt* vermittelt hatte, zum Obersten Gerichtshof berufen und verließ dafür seine Position im Schiedsgericht (der letzten Instanz des Schiedsgerichtssprozesses der *Protocols*). Er war 1937 immer noch Mitglied des Obersten Gerichtshofes, wo er für die Verfassungskonformität des NLRA stimmte.

Straffreier Vertragsbruch

Die Kraft der Gesetze allein reichte nie aus, um die meisten Arbeitgeber*innen

dazu zu zwingen, sich an die NLRA zu halten oder Verträge mit Servicegewerkschaften³ abzuschliessen. Eine Version der Rechte im *NLRA* war ursprünglich Teil des *National Industry Recovery Act* von 1933, wurde aber von den Arbeitgeber*innen ignoriert und das Gesetz später als verfassungswidrig gekippt. Als der *NLRA* im Jahre 1935 verabschiedet wurde, wurde eine Regierungsbehörde geschaffen um diese Rechte durchzusetzen, da es jedoch keine Strafgeelder⁴ für das Brechen dieses Gesetzes gab, wurde es von den meisten Unternehmen einfach nicht befolgt. Es war die Welle der Sitzstreiks Anfang des Jahres 1937, die viele Arbeitgeber*innen von der Notwendigkeit der Unterzeichnung von Tarifverträgen überzeugte, oder zumindest davon ihre gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten im legalen Rahmen zu halten. Am bekanntesten war der Abschluss eines Tarifvertrages der notorisch gewerkschaftsfeindlichen *U.S. Steel* (welche den Grossteil der Stahlproduktion in den USA kontrollierte) mit dem *Steel Workers Organizing Committee* der *CIO*, um einen Sitzstreik in ihren Fabriken zu verhindern und die Kontrolle über die Arbeitskräfte zurückzuerlangen. Die meisten Gewerkschafter*innen erwarteten eine lange und gewaltige Auseinandersetzung, um *U.S. Steel* zu organisieren, aber diese unterschrieben den Vertrag kampflos.

Stärkeres Gesetz während des 2. Weltkriegs

Eine Minderheit der Unternehmer*innen ging auch nach den Sitzstreiks gewalttätig gegen Gewerkschaften vor. Der wahrscheinlich bekannteste Fall war *Republic Steel*, das das *Memorial Day Massacre* zusammen mit der Polizei von Chicago durchführte. Aber auch diese Unternehmer*innen wurden schlussendlich durch den Zweiten Weltkrieg auf Li-

nie gebracht. Im Austausch gegen einen Streikverzicht vergab die US-Regierung keine Aufträge für Kriegsgüter an Firmen, welche gegen den *NLRA* verstösst, was dem Gesetz Zähne verlieh und die lange Tradition der amerikanischen Unternehmen, Gewerkschafts-Organizer*innen zu ermorden, beendete.

Zurückgehaltene Mitgliederbeiträge als Druckmittel der Basis

Auch wenn der *NLRA* einen grossen Beitrag zur Institutionalisierung von Tarifverträgen leistete, wurde bis zum Zweiten Weltkrieg⁵ die direkte Abrech-



Der Sitzstreik 1937 bei General Motors löste ein erstarken der Gewerkschaften und viele weitere Arbeitskämpfe aus. Durch diese Kämpfe und dem zweiten Weltkrieg kamen die Bosse immer schneller an den Verhandlungstisch und auch die Regierung verabschiedete griffigere (Arbeits-)Gesetze

nung der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn kein universeller Bestandteil der Tarifverträge. Während des Krieges hielten Dissident*innen aus der Gewerkschaft ihre Gebühren manchmal zurück, um so die Gewerkschaftsführung unter Druck zu setzen und sie dazu zu bringen, den Streikverzicht aufzuheben. Gewerkschaftsführer*innen und der Staat bestanden deshalb darauf, dass die Arbeitgeber*innen die Beiträge direkt vom Lohn abziehen, um die Quelle dieses Druckmittels der Basis zu beseitigen. Es gab schon im späten 19. Jahrhundert Gewerkschaften mit dieser direkten Einziehung der Gewerkschaftsbeiträge, aber

erst mit dem Krieg sahen sie nahezu alle Tarifverträge vor.

Für die nächsten dreissig Jahre war es die gesellschaftliche Norm für Arbeitgeber*innen den *NLRA* zu befolgen. Auch wenn die meisten von ihnen gewerkschaftsfrei blieben, hielten sie ihre gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten bis zu den 1970ern grösstenteils im legalen Bereich. Um ihre Arbeitskräfte unter Kontrolle zu halten, behandelten sie ihre Mitarbeiter relativ gut (dies war der Tiefpunkt der Einkommensungleichheit) und unterzeichneten, wenn sie damit scheiterten, Tarifverträge mit den Gewerkschaften, wobei sie sich darauf verliessen, dass die Gewerkschaftsführung die Arbeiter*innen auf Linie hielt. Die schamlose Missachtung des *NLRA* war verpönt.

Arbeitslosigkeit als Mittel gegen Gewerkschaften

In den späten 1970ern begannen die Arbeitgeber*innen mit der Suche nach alternativen Mitteln zur Disziplinierung ihrer Arbeitskräfte. Diese fanden sie schlussendlich in der Form einer höheren Arbeitslosenzahl und dadurch, dass die Arbeitsplätze von Streikenden dauerhaft an Streikbrecher*innen vergeben wurden. In den 1980ern nutzten sie diese Mittel, um

die Arbeiter*innenbewegung zu zerschlagen und den Grossteil ihrer Arbeitskräfte von gewerkschaftlicher Organisation zu befreien. Sie läuteten so die derzeitige Ära der niedrigen Gewerkschaftsdichte und niedrigen Streikrate ein. Sie haben einen Grossteil der letzten 30 Jahre damit verbracht, die Überreste der Gewerkschaftsbewegung, die auf Verträgen basierte, nach und nach abzubauen.

Teil 5 wird die Haltung der *Industrial Workers of The World* zu Tarifverträgen behandeln.

*Aus dem Englischen von Sascha Rofka
Robin J. Cartwright*

³ Gewerkschaften, die wie Unternehmen geführt werden.

⁴ <http://apps.americanbar.org/labor/lel-annualcle/08/materials/data/papers/153.pdf>

⁵ <https://libcom.org/history/world-war-ii-post-war-strike-wave>

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Gleichstellung

Noch immer haben Frauen in der Arbeitswelt schlechtere Chancen als Männer: Sie bekommen im Durchschnitt 21% weniger Lohn, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, bekommen weniger interessante Aufgaben und Weiterbildungen zugeteilt, sie werden viel öfter Opfer von sexueller Belästigung und wenn es zu Kündigungen kommt, werden oft erst die Frauen* entlassen. Gegen all diese Diskriminierungen gibt es seit 1996 das Gleichstellungsgesetz. Natürlich gilt dieses Gesetz auch für auf Grund ihres Geschlechts benachteiligte Männer.

Niemand darf aufgrund des Geschlechts, des Zivilstands, der familiären Situation oder einer Schwangerschaft in der Arbeitswelt benachteiligt werden.

Dies gilt insbesondere für:

- Anstellung und Kündigung
- Arbeitsbedingungen
- Aufgabenzuteilung
- Lohn
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Beförderung

Zusätzlich definiert das Gleichstellungsgesetz die Pflichten der Arbeitgeber*innen im Falle einer sexuellen Belästigung. Das Gesetz verbietet direkte und indirekte Benachteiligung.

Direkte Diskriminierung

Wenn du für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person eines anderen Geschlechts.

Indirekte Diskriminierung

Wenn du für eine andere, aber gleichwertige Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person eines anderen Geschlechts. Stereotype Frauenqualitäten (z.B. flinke Finger, Geduld) führen zu weniger Lohn als stereotypische Männerqualitäten (z.B. Kraft, Durchsetzungsvermögen).

Klage durch die Gewerkschaft

Auch eine Gewerkschaft, ein Berufsverband oder eine Frauenorganisation kann Klage führen! Die Betroffenen müssen sich dann nicht exponieren. Die Verbandsklage ist möglich, wenn mehrere Arbeitsverhältnisse von einer Diskriminierung betroffen sind. Nimm in solchen Fällen mit der FAU Kontakt auf!

Achtung: So begründet auch Forderungen nach gleichen Löhnen für alle Geschlechter sind, stelle in einem Arbeitskampf nicht diese Forderung (Also nicht: „Gleicher Lohn für Frauen und Männer“). Fordere, dass die Löhne auf das Niveau des anderen Geschlechts angehoben werden sollen (Also: „Erhöhung der Frauenlöhne auf das Niveau der Männerlöhne“) – sonst könnte dies eine Lohnkürzung für das andere Geschlecht bedeuten!

In jedem Kanton gibt es eine Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen im Erwerbsleben, welche auch für Beratungen angefragt werden kann.

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 300
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch